

Stadtrats-Sitzung

abgehalten am 26. Januar 1921.

Gegenwärtig:

1. Vorsitzender:

I. Bürgermeister Paul Mayer
II. Bürgermeister Wolfgang Fraßl

2. Die bürgerlichen Stadträte:

<u>Sölltl</u>	<u>Hoffmann</u>
<u>Hambel</u>	<u>Lipold msp.</u>
<u>Recht</u>	<u>Göring</u>
<u>Herrmann</u>	<u>Heiß</u>
<u>Edw. Hertlein</u>	<u>Scherer</u>
<u>Hartl</u>	<u>Jugmanns</u>
<u>Bärner</u>	<u>Rachmeyer</u>
<u>Schabacher msp.</u>	<u>Fehr</u>
<u>Metzger</u>	<u>Trenncl</u>

3. Bürgermeister Dr. Lattner

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Gegenstand
1	—		Sitzungsprotokoll vom 20. Januar 1921.
2	272		Fassung der Waffenzinsen
3	109		Festsetzung der Offenerwerbsteuer

Beschluss

Das Sitzungsprotokoll vom 20. Januar 1921 wurde in der heutigen Sitzung bekanntgegeben, ohne Einwendung.

I. Öffentliche Sitzung.

Der Referent Herr Oberstadtschreiber Fehr brachte in heutiger Sitzung zur Kenntnis, dass die Aufgebote für den Verkauf des Waffenschatzes im II. Quartal 1920 den Betrag von 27.078 Mk. 93 Pf. aufwiesen, davon nur ein Fünftel unter Zugrundelegung des Einzahlungssatzes für Waffen von 25%, 76 Pf. eingebracht ist.

Zur Erklärung des Waffenschatzes ist die Festsetzung eines Einzahlungssatzes von 25% zu den Waffenzinsen verpflichtend. Waffenschatz notwendig. Nachdem die Erklärung dieses Aufgebots auf andere Weise nicht möglich ist, genehmigt Stadtrat die Festsetzung eines Einzahlungssatzes in der vorgeschlagenen Höhe.

Herr Stadtschreiber Herr Oberstadtschreiber Fehr brachte die Offenerwerbsteuer eines Kaufmanns zur Festsetzung, dessen Kosten sich auf insgesamt ca. 6000 Mk. belaufen.

Stadtrat beschließt, die notwendigen Festsetzungen anzunehmen und die Ausgabe des Kaufmanns

Nummer des Vortrags	Numer des Exhibit.	Referent	Gegenstand
4	170		Gemeinsch. d. d. Reichs- 46

Beschluss
<p>Gründungs- und Fiskus zu lassen und zu lassen zumal der Betrag von 6000 M. in der Vorweisung 1921/22 einzustellen.</p> <p>Der Beschluss des vorgenannten Fiskus- beim Fiskus des Herrn Hermann ist zu prüfen, ob dieser Fiskus nicht in der Vorweisung unterstützt werden kann.</p> <p>Auf Antrag der Anwesenheitsgenossen Herr und Herrn Hermann T. 46 und 52 genehmigt der Fiskus der Fiskus von Herrn Hermann d. d. Anwesen.</p> <p>Der Beschluss der Fiskus- und Fiskus- Genossen im Fiskus. Hermann d. d. Fiskus von 15. September 1920 T. 50-58 beschließt der Fiskus in seiner Fiskus- und Fiskus- und Fiskus- d. d. Fiskus in der Fiskus- und Fiskus- d. d. Fiskus- und Fiskus- und Fiskus- zu bringen.</p> <p>Der Fiskus- und Fiskus- und Fiskus- Genossen von 12.000 M. sollen im Fiskus der Fiskus- von 4%igen Fiskus mit 1% jährlicher Fiskus- und der Fiskus- und Fiskus- und Fiskus- werden.</p> <p>Fiskus mit Fiskus- und Fiskus- und Fiskus- 47</p>

Numer des Vortrags	Numer des Exhibit.	Referent	Gegenstand
5	241		Geldgeschäfte
6	—		Bestimmung über geordnete Buchführung

Beschluss

plan sind der Regierung zur Genehmigung in
Vorlage zu bringen.

Der Vorstand beschloß in seiner heutigen Sitzung,
den Herrn Dr. Knöchel Lehrer an der hiesigen
von H. Dr. W. in folgender Weise zu beauftragen:
Zusätzlich zur Führung des Hauptkassenbuchs
des Finanz- und für Handel, Industrie und Gewerbe
vom 15. Oktober 1919 sind die Lagerbestandsveränderungen
anzuführen, unter Berücksichtigung der Einnahmen und
Ausgaben der Geschäftsbücher eine genaue Feststellung
von Geschäftsbüchern, Handbuchen, öffentlichen Rechnungsbüchern
stellen zu lassen und die darüber vorhandenen
vom 15. September 1916 an zu führen (10 Uhr) zu gestalten,
und zwar allgemein oder nur bestimmten
Tagen der Woche oder bei bestimmten Anlässen,
jedoch nicht über 11 Uhr Abends.

Der hiesige Gemeindefiskus ist der Vorstand mit
Beschluß vom 15. November 1920 beauftragt worden,
indem er anordnet, daß die genannten Lokale
allgemein um 11 Uhr Abends zu schließen sind.
Für weitere Bestimmung der Geldgeschäfte ist
spätestens nicht zulässig.

Die Bestimmung des Herrn stellvertretenden Meyer Lehrer

Nummer des Vortrags.	Numer des Exhibit.	Referent	Gegenstand
9	144		Genehmigung der Wasserleitung
10	146		Flakwische Baumgasse

Beschluss

Der Herr des Ingenieuramts Joseph Otter
berichtet über die Genehmigung der Wasserleitung in
seiner Kommission. Es ist zu bemerken, dass die
Aufstellung der Wasserleitung nicht
bei derartigen Aufstellungen genehmigt.
Die Aufstellung der Wasserleitung wurde genehmigt.
Es ist zu bemerken, dass die
Arbeit nicht durch die Kommission.

Der Herr des Ingenieuramts Herrung a. T. f. d.
der Oberingenieur des Ingenieuramts
des Ingenieuramts Herrung a. T. sind
der Herr des Ingenieuramts Herrung a. T.
am 19. d. d. in der Sitzung zur
Mitteilung.

Der Herr des Ingenieuramts Herrung a. T. f. d.
berichtet über die Genehmigung der Wasserleitung,
wie sie aus der Kommission genehmigt.
Herrung und der Herr des Ingenieuramts Herrung a. T.
zu genehmigen und wie sie aus der
Kommission genehmigt.

Der Herr des Ingenieuramts Herrung a. T. f. d.
berichtet über die Genehmigung der Wasserleitung,
wie sie aus der Kommission genehmigt.
Herrung und der Herr des Ingenieuramts Herrung a. T.

Herrung bleibt in dieser Kommission die Genehmigung

Arbeiter gegenwärtig 39 beträgt. - Ein Verzeichnis über die ständig und unständig beschäftigten Arbeiter liegt den Verhandlungen bei.

II.

Die ständig beschäftigten Arbeiter, für die allein der Tarifvertrag zu gelten hat, erhalten mit Wirkung vom 1. November 1920 ab die gleichen Lohnsätze, wie sie beim Strassen- und Flußbauamt für dessen Arbeiter vorgesehen sind. (Siehe Beilage.)

Zur Genehmigung von Kinderzulagen kann sich der Stadtrat nicht verstehen, ebenso nicht zur Bezahlung der Wochenfeiertage, da eine gesetzliche Verpflichtung hiezu für die Stadtgemeinde nicht besteht.

III.

Ohne Anerkennung einer Rechtsverbindlichkeit erklärt sich der Stadtrat bereit, auch den nichtständigen Arbeitern in jederzeit widerruflicher Weise die gleichen Lohnsätze, wie den ständigen Arbeitern zuzuerkennen.

IV.

Was die Urlaubsforderung anlangt, so kann sich der Stadtrat nicht dazu verstehen, den ständig beschäftigten Arbeitern weitere Konzessionen zu machen, als dies in § 9 des Tarifvertragsentwurfes vorgesehen ist. - Für die nichtständigen Arbeiter behält sich der Stadtrat vor, ohne Anerkennung einer Rechtsverbindlichkeit die gleichen Urlaubszeiten, wie für die ständigen Arbeiter festzusetzen.

V.

Die hienach den städt. Arbeitern bewilligten Lohnsätze sind, wie der Stadtrat ausdrücklich feststellen möchte, höher, als dies im hiesigen Baugewerbe zur Zeit der Fall ist.

VI.

Wenn der Stadtrat den städt. Arbeitern nicht ganz genau die gleichen Vergünstigungen bezüglich Kinderzulage und Urlaub gewährt, wie das Strassen- und Flußbauamt seinen Arbeitern, so darf nicht übersehen werden, daß die städt.

Arbeiter auch insoferne gegenüber den Staatsarbeitern eine Vergünstigung haben, als die Stadtgemeinde nach Abschluss des Tarifvertrages Verhandlungen mit dem Versorgungsverbände wegen Gewährung von Ruhelohn einleiten wird und dieselbe damit für die Arbeiter neuerliche nicht unerhebliche Leistungen übernehmen muß. - Es müssen zur Zeit 5% des Jahresverdienstes eines jeden Arbeiters als Beitrag zum Versorgungsverband jährlich geleistet werden, eine Leistung, die ausschließlich der Stadtgemeinde obliegt, während die Arbeiter hiezu keinerlei Zuschüsse zu entrichten haben. - Bei der staatlichen Pensionskasse haben die Arbeiter sicherlich Beiträge hiezu zu entrichten.

VII.

Die in der Niederschrift über die Verhandlung vor dem Landeseinigungsamte München vom 17. Januar 1921 enthaltene Bemerkung, daß mit Stadtratsbeschluß die Bereitwilligkeit erklärt worden sei, daß die Bestimmungen über Lohnsätze, Kinderzulage und Urlaub der städt. Arbeiter den betreffenden Bestimmungen der Arbeiter bei dem Strassen- und Flußbauamte angeglichen würden, bedarf insoferne der Berichtigung, als eine beschlussmäßige Stellungnahme des Stadtrates in seiner Gesamtheit hierüber nicht vorliegt, daß vielmehr nur von einzelnen Stadtratsmitgliedern für ihre Person ganz allgemein die Geneigtheit zu einer derartigen Angliederung ausgesprochen wurde, ohne daß die betr. Stadträte Kenntnis hatten von der Höhe dieser Sätze und von den finanziellen Auswirkungen einer derartigen Angleichung.

VIII.

Nachdem hienach eine Einigung mit der städt. Arbeiterschaft nicht erzielt werden konnte, beschließt der Stadtrat einstimmig, die ganze Angelegenheit von dem Landeseinigungsamt entscheiden zu lassen und sind die gesamten Verhandlungen dem genannten Amte vorzulegen mit dem Antrage, im Sinne dieses

der beim städt. Regiebaubetrieb Neuburg a. D. beschäftigten Arbeiter

N a m e n	Stand	Kinder- zahl	Lebens- alter	gerz. Lohn- gruppe.	Bemerkung
a) Ständige Arbeiter:					
Pröbst Josef,	Schreiner	--	61	V	
Mayer Leonhard	Maurer	1	48	V	
Fürber Michael	Hilfsmonteur	2	48	V	
Koch Otto	Gärtner	4	46	V	
Hintersteiner Andr.	Hilfsarbeiter (Zimmermann)	3	42	V	
Ottlinger Martin	Lohnarbeiter	3	47	III	
Erhard Anton	"	1	58	III	Leichenträg
Eigenschenk Josef	Holzgarten	-	61	III	"
Stastl Georg	Bauhof	-	60	III	
Herrmann Michael	Lohnarbeiter	1	47	III	
Scheidmeier Johann	"	-	61	III	
Waberl Barthol.	"	-	53	III	Leichenträg
Melber Johann	"	-	45	III	
b) unständige Arbeiter:					
Zimmerunner Xaver	Schreiner	-	56	V	
David Johann	Pflasterer	2	36	V	
Erhard Josef sen.	"	1	31	V	
Sauerwein Albert	Maurer	1	48	V	
Winter Jakob	Aufseher	-	51	V	
Wohock Josef	"	1	43	V	
Wintersteiner Joh.	Lohnarbeiter	3	47	III	
Haase Max	"	1	46	III	
Worb Anton	"	-	56	III	Leichenträg
Stöckl Peter	"	-	62	III	"
Winter Karl	Kanalreinigung	1	60	III	
Wielhammer Otto	"	-	67	III	
Wissler Martin	Zimmermann	1	78	III	
Riegel Mathias	Strassenreinigung	-	68	III	
Zach Aegidius	"	-	42	III	Invalide
Wandner Johann	Lohnarbeiter	-	68	III	Leichenträge
Meier Josef	"	2	57	III	Invalide
Grabler Michael	"	-	62	III	
Merich Josef	"	2	40	III	Leichenträge
Meier Martin	"	6	42	III	" " " "
Müst Johann	"	1	45	III	
Merzner Mathias	Kleingeschläge	-	71	III	Altersrentn
Mittl Simon	Lohnarbeiter	4	50	III	Invalide
Wuber Michael	"	-	58	III	
Waberle Jakob	"	2	50	III	
Erhard Josef jun.	Handlanger	-	17	I.	

Beschluss

Der vorgenannte Finanzverwalter Neuburgs und ist
 nach, falls der Aufsicht, dass in Bezug auf die
 Abrechnung der Verwaltung der Finanzverwaltung zu führen
 haben, die auf der Seite im Finanzverwalter der Abrechnung
 einseitig nicht aufgeführt werden können.

Willig und gutwillig sind die Finanzverwalter, falls
 die Abrechnung der Verwaltung der Finanzverwaltung.

Präsident der Verwaltung, der f. d. G. Berlin von
 der Verwaltung in Hamburg zu setzen mit der
 Abrechnung, die Verwaltung von H. U. U.
 der 19. 19. einen eingesehen Manuskript zu unter-
 zeichnen und eine bestimmte Abrechnung der
 Verwaltung vorzunehmen.

Sollte eine Verwaltung bezüglich der Verwaltung
 der Verwaltung nicht zu führen können, so be-
 steht sich der Verwaltung von H. U. U. vor.

Dieser Beschluss ist

